

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Verheyen (Bielefeld) und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1985

hier: Einzelplan 13

**Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen
— Drucksachen 10/1800 Anlage, 10/2313, 10/2330 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch eine Novellierung des Postverwaltungsgesetzes dafür Sorge zu tragen, daß dem Budgetrecht des Parlaments Rechnung getragen wird. Die Auseinandersetzung um die Breitbandverkabelung hat gezeigt, daß trotz massiver Fehlkalkulation und Täuschung der Öffentlichkeit, trotz Konzeptionslosigkeit und Vorgehensweisen am Rande oder jenseits der Legalität (Verkabelungszwänge durchs Mietrecht, Behinderung des allgemeinen Satellitenrundfunks), trotz vernichtender Kritik durch das Gutachten des Rechnungshofes und Entrüstungsturm in der Öffentlichkeit keine durchgreifende Kurskorrektur durchgesetzt werden konnte. Eine wirksame Finanzkontrolle durch das hierzu demokratisch legitimierte Parlament muß hier Abhilfe schaffen; solch gravierende Entscheidungen wie die für eine Breitbandverkabelung in der Bundesrepublik Deutschland, die die Verschwendung von zweistelligen Milliardenbeträgen zur Folge haben, dürfen nicht am Parlament vorbei getroffen werden.

Bonn, den 26. November 1984

Verheyen (Bielefeld)
Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

